

## Vom Ort der Tat zum Raum des Erinnerns

### Gedenkstätten und die Aufgaben historisch-politischer Bildung

von PD Dr. Habbo Knoch

#### I.

„Die Topographie des Terrors lässt sich im alltäglichen Leben unserer Welt finden“: So hatte der seinerzeitige Bundespräsident Roman Herzog in einer Rede im Deutschen Bundestag am 27. Januar 1999 den Bedarf an „noch mehr Orten der konkreten, historischen Erinnerung“ begründet. Herzogs Feststellung und Forderung sind nach wie vor aktuell, auch wenn innerhalb der vergangenen zehn Jahre weitere Orte der Tat durch die Gründung oder den Ausbau von Gedenkstätten, durch Initiativen für Gedenksteine und viele Erinnerungsprojekte in einen übergreifenden Raum des Erinnerns gestellt worden sind. Diese machen insbesondere Orte der „nahen Tat“ sichtbar, die jahrzehntelang „vergessen“ waren.

Die „vergessenen Lager“ wieder in das öffentliche Bewusstsein zu rufen und sie zum Ausgangspunkt eines „konkreten, historischen“ Lernens über die NS-Vergangenheit und für die Gegenwart zu machen, hatten sich Mitte der 1980er Jahre engagierte Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik zur Aufgabe gemacht. Ein Vierteljahrhundert später sind in der Bundesrepublik nahezu einhundert Gedenkstätten unterschiedlicher Größe und Ausstrahlung, vor allem aber mit einer jeweils einzigartigen historischen Spezifik als Orte der aktiven Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und als Reflexionszentren für politische und moralische Fragen der Gegenwart ein fester Bestandteil der politisch-kulturellen Landschaft der Bundesrepublik geworden.

Längst sind nicht alle dieser Orte angemessen gestaltet, kontextualisiert und ausgestattet; auch ist die in vielen Auseinandersetzungen etablierte Förderung aus öffentlichen Mitteln nicht als unverrückbar anzunehmen. Gedenkstätten müssen sich in ihren Aufgaben, Fragen und Zielgruppen immer in Bezug setzen zu den Bildungsanforderungen der Gegenwart, ohne dabei die aus ihrem historischen Gegenstand und der Besonderheit der „Topographie des Terrors“ folgenden Standards zu relativieren. Gleichwohl haben sich Gedenkstätten zu einem Netzwerk eines öffentlich mitgetragenen Erinnerungskonsenses entwickelt und diesen durch ihre aktive Erinnerungsarbeit wesentlich mitbegründet.

Dies gründet in einer inzwischen mehr oder weniger gleichgewichtigen Anerkennung ihrer vielfältigen Aufgaben: Gedenkstätten sind Friedhöfe und Erinnerungsräume, an denen der Toten und Verfolgten gedacht wird; sie dienen als Zentren von Sammlung, Dokumentation und Forschung, in denen das Wissen über den historischen Ort als Teil des nationalsozialistischen Verbrechenskomplexes erweitert, individualisiert und vertieft wird; und sie bieten Raum für eine differenzierte Vermittlung in Ausstellungen und Bildungsangeboten, die zu Begegnung, Auseinandersetzung und Diskussion anregen sollen. Nach Pierre Nora sind sie Gedächtnisorte, durch die aus der „Unbestimmtheit des Profanen“ ein Feld herausgetrennt worden ist, in dem „alles Symbol ist und Bedeutung hat“. Mit einem solchen Ort werden „Augenblicke der Geschichte [...] der Bewegung der Geschichte entrissen“, ihr aber zugleich „zurückgegeben“.<sup>1</sup> Sie leben „von ihrer Fähigkeit zur Metamorphose [...], vom unablässigen Wiederaufflackern ihrer Bedeutungen“.<sup>2</sup>

#### II.

Gedenkstätten vermitteln als Institutionen zwischen den Orten der vergangenen Tat und dem Raum des gegenwärtigen, aktiven Erinnerns. Beide Zeitebenen sind in ihrer Arbeit

---

<sup>1</sup> Pierre Nora, *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*, Berlin 1990, 17ff.

<sup>2</sup> Ebenda, 27.

verschränkt. Beide Zeitebenen kommen aber auch in ihrer ganz besonderen Aufgabe zum Ausdruck, die Biographien der Verfolgten in den Kontext einer öffentlichen Wahrnehmung zu stellen und ihnen einen Ort in jener Gesellschaft zu geben, aus der sie in der NS-Zeit ausgegrenzt wurden. Mit jedem Besuch von Überlebenden in den vergangenen Jahren an einem dieser Orte ist dies ganz praktisch geschehen; auch jede Schicksalsklärung, noch für Angehörige, ist darum bemüht, die Anonymisierung als Bestandteil der brutalen Zerstörung von Lebensläufen zu überwinden; soziale Hilfen jeder Form, oftmals nur symbolischer Art, sind Zeichen einer solchen Anerkennung.

Durch den Kontakt zu Überlebenden bekommt das „Wiederaufflackern“ der Bedeutungen dieser historischen Orte einen ganz eigenen Stellenwert, weil die Orte der Tat hier jeweils durch die Augen, mit den Erfahrungen und der Stimme einer Person anders gesehen werden. Und doch mischt sich in diese Begegnung mit der Individualität von Verfolgten in ihrer heutigen Gegenwart immer auch das Ausmaß an Zerstörung, wenn deutlich wird, wie sehr Ausgrenzung, Verfolgung und das massenhafte Morden seinerzeit die Orientierung in Raum, Zeit und eigenem Sein aufgelöst haben. So durchzieht Besuche und Gespräche mit Überlebenden eine Spur des Ähnlichen jener Symptome der Zerstörung von konkreter Persönlichkeit, auf die es das NS-System mit seiner repressiven, diskriminierenden und mörderischen Ideologie angelegt hatte.

Ohne die vielfältige Bereitschaft von Überlebenden, die Arbeit der Gedenkstätten zu unterstützen und das „Wiederaufflackern“ der Bedeutungen zu ertragen – Gedenkorte in der Anfangszeit oft überhaupt erst zu initiieren – wäre es nicht denkbar, heute von einer so breiten Landschaft der Erinnerungsorte zu sprechen. Doch gerade in dieser Hinsicht stehen Gedenkstätten derzeit in einer Phase des längeren Wandels. Die Möglichkeit der aktiven Präsenz von Überlebenden ist in den vergangenen Jahren an vielen Gedenkorten zurückgegangen. Absehbar ist, dass die Möglichkeit entschwindet, im direkten Gespräch Informationen über Verfolgungserfahrungen und Lagererleben zu sichern. Gedenkstätten sind seit langem schon Orte der gegenwärtigen Trauer um Menschen, mit denen enge Kontakte in Verbundenheit und Freundschaft bestanden haben.

Zugleich ist im medialen Raum ein neues „Zeitalter des Zeitzeugen“ (Annette Wieviorka) aufgekommen. Hier werden autobiographische Berichte, Interviews und biographische Porträts zu NS-Verfolgten seit einigen Jahren in ganz unterschiedlicher Qualität in die Öffentlichkeit gebracht. Neben den Orten der Tat hat dies dazu beigetragen, die biographische Dimension der NS-Verfolgung sichtbar zu machen. Medialer und realer Erinnerungsraum interagieren hier miteinander. Im Medialen wird dabei aufgenommen, was in den Gedenkstätten schon seit Jahren Prinzip und Praxis ist: Lernerfahrungen durch die Auseinandersetzung mit konkreten Schicksalen zu initiieren. Das Lernen an diesen „konkreten, historischen Orten“, kann nur im Konkreten und im Eigenen erfolgen.

Zu dieser Übergangsphase der Gedenkstätten gehört ein weiterer Aspekt des generationellen Übergangs: Jugendliche Zielgruppen der Bildungsarbeit haben in der Regel keinen direkten kommunikativen Bezug mehr zur NS-Zeit im Familien- oder Bekanntenkreis. Die NS-Zeit entwickelt sich zur Geschichte, deren Bezug zur deutschen Gesellschaft schon länger nicht mehr über damals Handelnde – als Täter, Mittäter oder Zuschauer, als Widerständler oder Helfende – geprägt ist und nun zunehmend weniger über intergenerationelle Beziehungen des Fragens und Infragestellens. Es waren genau diese generationsübergreifenden Konstellationen aber, aus denen sich viele Impulse für die politisch-historische Bildung vor allem in den 1980er und 1990er Jahren ergeben hatten. Diese Impulse konnten öffnend, aufklärend, bisweilen sogar kathartisch wirken, aber auch, wie Harald Welzers Untersuchung „Opa war kein Nazi“ nahe legt, die Strategien des Verdrängens, Beschweigens und Verstellens der NS-Zeit bestärken.

Zum Abklingen der leibhaftigen Anwesenheit von Zeitzeugen und dem generationellen Übergang zu einer Gesellschaft ohne kommunikativen Bezug zur NS-Zeit kommt als weitere

grundlegende Veränderung hinzu, dass die deutsche Gesellschaft in ihren politisch-historischen Hintergrunderfahrungen zunehmend vielfältiger wird. Dazu gehören die jeweiligen Geschichtsbilder der Gesellschaften in und aus den neuen Bundesländern und mit ihnen die Einarbeitung von Deutungen und Bedeutungen der DDR-Geschichte in ein gesamtdeutsches und europäisches Geschichtsbild. Ebenso ist die nennenswert große Gruppe von Zuwanderern mit deutschem Familienhintergrund zu nennen wie die diversen anderen Migrationsgruppen, deren Erfahrungshintergrund zu nicht geringem Teil durch Gewalt- und Kriegsereignisse geprägt ist. Ausgrenzung, Diskriminierung, Identitätsfragen und Akkulturationsprozesse haben darüber eine Bedeutung gewonnen, die ihnen in den 1980er Jahren bei der in dieser Hinsicht noch „provinziellen“ Bundesrepublik nicht zugekommen war.

Gleichzeitig sind Gedenkstätten politisch in die Mitte der Gesellschaft gewandert und werden parteiübergreifend, wenn auch nicht einhellig oder ohne Skepsis, unterstützt. Anfangs als Gegenbewegung zu einer Erinnerungskultur und einer politischen Kultur begründet, die sich an wenigen Gedenkortener eher ritualisiert der NS-Vergangenheit zuwandte, sind staatlich wie bürgerschaftlich getragene Gedenkstätten inzwischen Teil der legitimatorischen Grundausstattung der bundesrepublikanischen Geschichtsmoral. Diese wiederum steht mehr als früher in einem Spannungsfeld nationsübergreifender Geschichtsbilder und historischer Referenzfelder, die sich mit „Europa“, „westlicher Welt“ oder „Globalisierung“ etabliert haben; Phänomene eines neuen Patriotismus oder emotionaler Identifikation mit „Deutschland“ haben ebenso an Präsenz und Wirkung gewonnen, ohne dass sich ein um 1990 befürchteter Neonationalismus ausbreiten konnte.

### III.

Wie wirken sich diese, hier nur knapp skizzierten, Veränderungen auf die NS-Gedenkstätten als Orte historisch-politischer Bildung aus?

1. Das Interesse an einer aktiven Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte an den historischen Orten nimmt eher zu als ab. Insbesondere dort, wo Ausstellungen und Bildungsangebote durch Neugestaltungen auf einen Standard gebracht werden, der den Angeboten moderner Museen entspricht, sind erhebliche Zuwächse in den Anfragen von Besuchergruppen zu verzeichnen. Im generationellen Übergang liegt dabei auch eine Chance, denn erkennbar scheinen sich die Zielgruppen der Gedenkstätten in Richtung der Altersklasse „50+“ zu erweitern.
2. Die Ausgangsfragen und Referenzerfahrungen der Besucherinnen und Besucher sind vielfältiger und nicht mehr allein durch Fragen des deutschen Umgangs mit der NS-Zeit aus dem Kontext der „zweiten Schuld“ (Ralph Giordano) geprägt. So entpolitisieren sich einerseits Fragen, die mit der deutschen Tatverantwortung zu tun haben, da der juristische Handlungskontext an Relevanz verloren hat. Andererseits öffnen sich dadurch Fenster zur Kontextualisierung von Recht und Entrechtung, auch von Tatumrecht und Gewaltverantwortung, im 20. und 21. Jahrhundert. Daraus lassen sich neue Bildungsimpulse für eine historisch gegründete Sensibilisierung für die Bewahrung von Menschenwürde und Grundrechten gewinnen.
3. Professionalisierungen des Angebots in den Gedenkstätten, begründet auf langjähriger Erfahrung, und die Differenzierung des Wissens über die „konkreten, historischen Orte“ eröffnen Chancen für neue Vermittlungswege und Zugänge, die das Individuelle, Konkrete und Subjektive stärker betonen sowie methodisch größeren Wert auf die aktive, eigenständige Aneignung von Quellen und Informationen legen. Trotz grundständiger moralischer Positionen, für die Gedenkstätten stehen können, entwickeln sie sich von Orten der antifaschistischen Mahnung zu Lernstätten des Fragens, der Diskussion und der Persönlichkeitsbildung demokratischer Subjekte.

Bedingungen einer erfolgreichen und nachhaltigen Präventionsarbeit gegen die Ausbreitung menschenfeindlichen Denkens und Handelns sind dabei

1. eine wissenschaftlich fundierte, quellennahe Aufklärung über die vor Ort konkret gewordenen Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus,
2. eine umfassende qualifizierte Betreuung und Begleitung insbesondere von jugendlichen Besuchergruppen, die schulische und außerschulische Lernumgebungen eng miteinander verbindet,
3. eine dialogische und professionelle nachhaltige Bildungsarbeit, die Zugänge über die mehrschichtige Authentizität des Ortes und historische Dokumente vermittelt.

Bildungsprozesse in Gedenkstätten – den „Orten der konkreten, historischen Erinnerung“ – sind in das Wechselverhältnis von Forschungs- und pädagogischer Arbeit zu stellen, um sie nicht von der Erneuerung und Reflexion des vorhandenen historischen Wissens abzukoppeln. Sie müssen unabhängig von richtungspolitischen Vorgaben, aber in staatlicher Protektion und Unterstützung entwickelt werden, um aus dieser Autonomie der Bildungsarbeit auf die Implikationen des Verhältnisses von Staat, Politik und Demokratie gerade im Kontext der Zerstörung von Grundlagen menschenrechtsbegründeten Handelns reflektieren zu können. Schließlich sind Gedenkstätten als Bestandteile von Netzwerken schulischer und außerschulischer Bildungsorte zu verankern. Solche Netzwerke müssen aus den Gedenkstätten aktiv entwickelt werden, um auf die mehrschichtigen Bildungsvoraussetzungen und Sozialisationsprozesse der (jugendlichen) Besucherinnen und Besucher in längerfristig angelegten und mehrstufigen Bildungsketten mehrerer Partner eingehen zu können.

#### IV.

Sich zu engagieren, sich zu vernetzen und sich zu entwickeln – in dieser Trias lag und liegt das besondere Potenzial von bürgerschaftlich getragenen Erinnerungsorten und Gedenkstätten. Daraus haben sie in der Vergangenheit eine eigene Handschrift in ihrer pädagogischen Arbeit entwickeln können, daraus sind Impulse für die gesamte Bildungsarbeit an diesen Orten erwachsen. Angesichts der genannten Veränderungen liegt in der Vernetzung von Initiativen, die sich in der Erinnerungskultur engagieren und dazu beitragen können, die Erinnerung an die NS-Verbrechen auch in der Gegenwart zu kontextualisieren, eine zentrale Aufgabe. Gedenkstätten stehen mitten in der Gesellschaft – inzwischen mit weitaus größerer Akzeptanz als zu Beginn vor 25 Jahren, doch immer noch als Orte, denen die Selbstverständlichkeit eines Museums entbehrt. Trotz aller notwendigen Professionalisierung, Etablierung und Institutionalisierung wird ihre Besonderheit bleiben und zu erhalten sein.

Mitten in der Gesellschaft zu stehen und Vernetzungsmöglichkeiten zu suchen – das entspricht Roman Herzogs Feststellung, die „Topographie des Terrors“ lasse sich im „alltäglichen Leben unserer Welt finden“. Doch dies bedarf eben mehr als der zufälligen Spurensuche, einer Markierung dieser Orte durch Gedenksteine oder ritualisierter Gedenkformen. Gedenkstätten können und müssen hier selbst Strukturen für Erinnerungslandschaften und in die Fragen der Gegenwart wirkende Bildungsketten schaffen. Auch wenn es angesichts der oftmals knappen Ressourcen schwer fällt: Gedenkstätten müssen ihren Ort verlassen, um dessen Vernetzung mit der „Topographie des Terrors“ sichtbar werden zu lassen.

*PD Dr. Habbo Knoch ist Geschäftsführer der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten. Im März 2009 hielt er auf der Konferenz des an der Gedenkstätte Moringen angesiedelten Vernetzungs-Projektes Topografie der Erinnerung – Gedenken und Erinnern in Südniedersachsen den Eingangsvortrag, dessen Grundgedanken im vorliegenden Beitrag festgehalten sind.*